

Sitzungsniederschrift

Gremium:	Kreistag
Sitzung am:	Mittwoch, 12.12.2018
Sitzungsort:	Ratssaal der Kreisverwaltung Bad Dürkheim
Sitzungsdauer:	öffentliche Sitzung: 14:30 Uhr - 16:47 Uhr nichtöffentliche Sitzung: 16:50 Uhr - 17:00 Uhr
Art der Sitzung:	öffentlich / nichtöffentlich

Das Ergebnis der Sitzung ergibt sich aus den beigefügten Anlagen.

Niederschriftführer

Vorsitzender

Arno Fickus

Hans-Ulrich Ihlenfeld
Landrat

Anwesend waren:

Landrat Ihlenfeld

als Vorsitzender

Potje, Claus
Hoffmann, Sven
Pfuhl, Reinhold

Erster Kreisbeigeordneter (fehlte entschuldigt)
Kreisbeigeordneter
Kreisbeigeordneter

Mitglieder CDU-Fraktion

Armbrust, Renate
Bechtel, Torsten
Grohe, Hans
Groß, Birgit
Hebinger, Stefan (fehlte entschuldigt)
Hoffmann, Theo
Kretner, Ralf
Kutschke, Sabine
Lorch, Lothar
Mittrücker, Norbert, Dr.
Sauer, Friedel
Schanzenbäcker, Elke
Schindler, Norbert
Seelmann, Peter
Stölzel, Reinhard
Wagner, Klaus
Wolf, Markus
Wolf, Walter

Mitglieder SPD-Fraktion

Armbruster, Gerd
Brenzinger, Reinhard (fehlte entschuldigt)
Dormann, Jakob
Geis, Ruth
Germann, Andrea
Glogger, Christoph (fehlte entschuldigt)
Hauenstein, Martina
Niederhöfer, Reinhold
Pojtinger, Erich (fehlte entschuldigt)
Schreiner, Hans-Robert, Prof. Dr.
Vogel, Adam
Wode-Buser, Martina
Wolf, Hans, Dr.

Mitglieder FWG-Fraktion

Adam, Johannes
Eschmann, Friedrich
Gauch, Hanns
Nagel, Arnold
Rung-Braun, Heike
Stähly, Johannes

Mitglieder Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Magez, Pirmin
Maurer, Annette
Schneider, Wolfgang
Werner, Pia

Mitglieder FDP-Fraktion

Langensiepen, Heidi
Schrank, Edwin

Mitglieder AfD-Fraktion

Kräher, Wolfgang
Nieland, Iris (fehlte entschuldigt)

Mitglied Die Linke

Beck, Stefanie

Verwaltung:

Herr Martin,	Ltd. Staatl. Beamter
Frau Thomas,	Abteilung 1 (fehlte entschuldigt)
Frau Rau,	Abteilung 1
Herr Kley,	Abteilung 2
Herr Henrich,	Abteilung 4
Herr Appel,	Abteilung 1
Herr Schwalb,	Controlling
Herr Pabst,	AWB
Herr Kuntz,	AWB
Frau Haas,	Gleichstellungsbeauftragte
Herr Langenbacher,	Kreiskrankenhaus Grünstadt
Herr Fickus,	Abteilung 1, als Niederschriftführer

Gast:

Frau Estelmann, Presse

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Einwohnerfragestunde
2. Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2019
Vorlage: 188/2018
3. Wirtschaftsplan 2019 für den Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises
Bad Dürkheim
Vorlage: 197/2018
4. Prüfung des Jahresabschlusses 2017 und Entlastung des Landrats und der
Kreisbeigeordneten, soweit sie den Landrat vertreten haben.
Vorlage: 181/2018
5. Kuckucks-Bähnel Bahnbetriebs GmbH,
Bürgschaft
Vorlage: 004/2018/1
6. Kreisvolkshochschule;
Vereinbarung mit der Verbandsgemeinde Leiningerland
Vorlage: 171/2018
7. Einführung einer Gemeindegewerbesteuer plus im Landkreis Bad Dürkheim -
Teilnahme am landesweiten Projekt;
Antrag der SPD-Fraktion
8. Biodiversität - Aufwertung kreiseigener Flächen;
Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
9. DigitalPakt Schule – Chancen für die weiterführenden Schulen im Landkreis
Bad Dürkheim nutzen, unsere Schulen weitervoran bringen;
Antrag der CDU-Fraktion

Nicht öffentlicher Teil:

Personalangelegenheit

Der Vorsitzende begrüßte die Anwesenden, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Auf Befragen wurden keine weiteren Wünsche zur Tagesordnung gestellt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verliest der Vorsitzende ein Antwortschreiben auf die Resolution des Kreistages Bad Dürkheim gegen den Kerosinablass über der West- und Vorderpfalz. Das Antwortschreiben ist dieser Niederschrift in der Anlage beigefügt.

Ebenfalls geht der Vorsitzende nochmals erläuternd auf die anstehenden Änderungen bei der Glassammlung im Landkreis ein. Er zeigt deutlich auf, dass weder der Landkreis Bad Dürkheim noch andere Gebietskörperschaften die Möglichkeit haben, sich den jeweiligen Partner im Dualen System auszusuchen. Auch die Verlautbarung der Stadt Neustadt in der Presse, sie werde die Glasabholung beibehalten, wird vom Vorsitzenden dahingehend revidiert, dass auch die Stadt keine Entscheidungskompetenz über die Art der Wertstoffsammlung hat. Das Duale System Deutschland wird ab dem 01.01.2020 die Glassammlung auf eine Containerlösung umstellen und keine Abholung mehr durchführen. Die hierfür angeführten Gründe sind auch aus Sicht des Kreises nachvollziehbar. Bei der Containerlösung erfolgt eine Sortierung in die verschiedenen Glassorten, während bei der Abholung in Säcken die Sorten durchmischt entgegengenommen werden. Diese Durchmischung beeinflusst jedoch die Möglichkeit beim Recycling stark und mindert den Wert des Produktes. Dies wiederum beeinträchtigt in negativer Weise die dem Dualen System vorgegebenen Recyclingquote. Ebenfalls ein Argument für die Containerlösung ist die tatsächliche Rücklaufquote der Glassammelsäcke. Von rd. 2,2 Mio. ausgegebenen Säcken werden lediglich rd. 700.000 tatsächlich zu diesem Zweck verwendet. Die restlichen Säcke werden zweckentfremdet benutzt und gelangen nicht in der vorhergesehenen Weise in den Abfallwirtschaftskreislauf. Der Vorsitzende betont, dass es nunmehr gelte, geeignete Standorte für die zusätzlich benötigten Glassammelcontainer zu finden und hierbei darauf zu achten, dass deren Umgebung geringstmöglich belastet wird. Hinsichtlich der Befürchtung, dass Glasabfall zukünftig eher mit dem Restmüll entsorgt wird, teilt der Vorsitzende nicht. Er verweist hierzu auf die Erfahrungen aus umliegenden Gebietskörperschaften, die seit Jahren nur über Container Glas sammeln und die eine höhere Rücklaufquote aufweisen als der Landkreis Bad Dürkheim.

Öffentlicher Teil:

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 1

Gremium:	Kreistag
Sitzung am:	Mittwoch, 12.12.2018

Sitzung / Abstimmung :

<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich	<input type="checkbox"/> entscheidend <input type="checkbox"/> beratend	<input type="checkbox"/> offen <input type="checkbox"/> geheim <input type="checkbox"/> namentlich
<input type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss	<input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag
<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit:	
<u> </u> JA -Stimmen	<u> </u> Nein -Stimmen	<u> </u> Enthaltungen

Tagesordnung:

Einwohnerfragestunde

Beschluss:

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Fragen von Einwohnern im Sinne des § 21 der Geschäftsordnung des Kreistages lagen nicht vor.

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 2

Drucksache **188/2018**

Gremium:	Kreistag
Sitzung am:	Mittwoch, 12.12.2018

Sitzung / Abstimmung :

<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich	<input checked="" type="checkbox"/> entscheidend <input type="checkbox"/> beratend	<input checked="" type="checkbox"/> offen <input type="checkbox"/> geheim <input type="checkbox"/> namentlich
<input checked="" type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss	<input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag
<input type="checkbox"/> einstimmig	<input checked="" type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit:	
37 JA-Stimmen	5 Nein-Stimmen	1 Enthaltungen

Tagesordnung:

Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2019

Beschluss:

Die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Stellenplan für das Haushaltsjahr 2019 werden in der vorberatenen Fassung beschlossen.

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Der Vorsitzende weist eingangs auf die umfangreichen Vorberatungen des Haushalts 2019 in den Fachausschüssen hin und geht auf die letzten marginalen Änderungen ein, die in der letzten Sitzung des Kreisausschusses bereits dargestellt wurden. In seiner Haushaltsrede zeigt er zunächst die Auswirkungen des Gesetzes zur Verbesserung direktdemokratischer Beteiligungsmöglichkeiten, das 2016 in Kraft trat, auf. Als Ausfluss der Verpflichtung den Haushalt rechtzeitig vor Beratung und Beschlussfassung auch der Bürgerbeteiligung zu öffnen, wurde 2017 der interaktive Haushalt eingeführt, so dass jedermann den Haushalt bereits im Entwurfsstadium in allen Einzelheiten einsehen kann. Bis zur heutigen Sitzung wurden aus der Bevölkerung zum Haushalt weder Fragen gestellt, noch wurden Vorschläge eingereicht. Trotz des soliden gesamtwirtschaftlichen Wachstums bleibt die Haushalts- und Finanzsituation vieler Kommunen nach wie vor leider sehr

angespannt. Im vorliegenden Haushalt ist dennoch ein Jahresüberschuss in Höhe von 674.546 € ausgewiesen und auch der Finanzhaushalt weist, erstmals seit 2002, eine freie Finanzspritze in Höhe von 837.950 € aus. Nicht zuletzt ist dies auf die restriktive Planung, unter Verzicht auf finanzielle Puffer, zurückzuführen. Auch im Bereich der freiwilligen Leistungen fährt der Kreis einen klaren Sparkurs, so bewegen sich diese auf einem Tiefstand und machen noch lediglich 1% der Gesamtaufwendungen aus. Bei der Kreisumlage zeigt sich die Auswirkung des gesamtwirtschaftlichen Aufschwungs deutlich, bei gleichbleibenden Umlagesatz wird mit einer Erhöhung um ca. 5 Mio. € gerechnet. Immer wieder ist jedoch auch festzustellen, dass durch Verlagerung von Aufgaben auf den Kreis als untere staatliche Verwaltung ein finanziell relevanter personeller Mehraufwand entsteht, der nicht konnexitätsrelevant ist. Der Vorsitzende kündigt an, dass der Kreis gemeinsam mit dem Landkreistag hier auf eine finanzielle Kompensation drängen wird.

Die Veröffentlichungen zu einer möglichen Gebietsreform, die diese Tage in den Medien erfolgte, sieht der Vorsitzende nicht als zielführend an. Es gelte zunächst einmal das Gutachten auf seine Inhalte hin zu überprüfen und keine Schnellschlüsse aus den verkürzten Bekanntmachungen zu ziehen. Fest steht jedoch bereits jetzt, dass der Landkreis Bad Dürkheim zur Kategorie 3 zählt und somit in seinem Bestand gesichert ist. Die Kreisgremien werden im nächsten Jahr über die weitere Entwicklung zum Thema informiert werden.

Kreistagsmitglied Stölzel stellt für die CDU-Fraktion fest, dass sich die finanzielle Situation des Landkreises in den letzten 20 Jahren stark verändert hat, leider in einer negativen Richtung. Auch die Änderungen beim Landesfinanzausgleich belasten den Kreis stark und machen die Hoffnung zunichte, Schulden abbauen zu können. Die Organisationsuntersuchung, die in einem Referat des Jugendamtes durchgeführt wurde, zeigte Potential für Verbesserungen auf, die Fraktion plädiert dafür, weitere Bereiche des Kreisjugend- und Sozialamtes in der Art zu untersuchen. Ein großes Manko sieht die Fraktion in der Aufgabenmehrung ohne hinreichende Gegenfinanzierung, dies verhindere ein Vorankommen des Landkreises beim Schuldenabbau.

Eine gewisse Zuversicht vermittelt für die SPD-Fraktion der Haushalt, wie Kreistagsmitglied Niederhöfer mitteilt. Große Aufgaben sind im kommenden Jahr in den Bereichen Straßenbau, Geh- und Radwege, ÖPNV, Helmbachweiher und in anderen zu bewältigen und zu finanzieren, wobei hier dem Kreis die Förderprogramme von Bund und Land entgegenkommen. Die Fraktion geht nicht davon aus, dass die kalkulierten 30 Mio. € im investiven Bereich im laufenden Haushaltsjahr gänzlich ausgeschöpft werden. Fortschritte sieht die Fraktion durch die Teilnahme am Kommunalen Entschuldungsfond und am Zinsrettungsschirm, der eine vernünftige Zinspolitik für den Kreis ermöglicht.

Kreistagsmitglied Werner teilt mit, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dem Haushalt nicht zustimmen wird. Sie begründet die Ablehnung mit den, aus Sicht der Fraktion, unnötigen Aufwendungen zur Renaturierung des Rehbaches und mit den hohen Investitionskosten bei Schulen, Straßen, Radwegen und der Tiefgarage des

Verwaltungsgebäudes. Grundsätzlich seien diese zwar sinnvoll, erhöhen jedoch die langfristige Verschuldung des Landkreises.

Für die FWG-Fraktion fordert Kreistagsmitglied Rung-Braun die konsequente Umsetzung von Verbesserungsvorschlägen, die bei der Organisationsuntersuchung im Jugendamt durch den externen Dienstleistungsanbieter ergingen. Auch zukünftig sollte das Instrument der externen Untersuchung durch Dritte weiter genutzt werden. Die veranschlagten Investitionen trägt die Fraktion mit und stellt hierbei insbesondere den Breitbandausbau im Kreisgebiet heraus.

Kreistagsmitglied Langensiepen stellt für die FDP-Fraktion fest, dass die Haushaltsansätze hinreichend vorberaten wurden und der Haushalt nachvollziehbar ist. Nunmehr sei es an den Gremien über die Erkenntnisse, die aus Controlling und externer Organisationsuntersuchung gewonnen wurden, zu befinden.

Zwar sieht die AfD-Fraktion im Haushalt Licht und Schatten, wie Kreistagsmitglied Kräher ausführt, jedoch wird mit einer zukünftigen Verschlechterung der Haushaltslage gerechnet. Gerade im Bereich Jugend und Soziales rechnet die Fraktion mit einer Steigerung der Aufwendung, ohne dass diese gegenfinanziert werden.

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 3

Drucksache **197/2018**

Gremium:

Kreistag

Sitzung am:

Mittwoch, 12.12.2018

Sitzung / Abstimmung :

<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich	<input checked="" type="checkbox"/> entscheidend <input type="checkbox"/> beratend	<input checked="" type="checkbox"/> offen <input type="checkbox"/> geheim <input type="checkbox"/> namentlich
<input checked="" type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss	<input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag
<input checked="" type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit:	
<input type="checkbox"/> JA-Stimmen	<input type="checkbox"/> Nein-Stimmen	<input type="checkbox"/> Enthaltungen

Tagesordnung:

Wirtschaftsplan 2019 für den Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Bad Dürkheim

Beschluss:

Der Wirtschaftsplan 2019 für den Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Bad Dürkheim wird beschlossen.

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Da wiederum ein positives Betriebsergebnis eingeplant wurde, stellt der Vorsitzende fest, dass der AWB die Gebühren weiterhin auf demselben Niveau wie in diesem Jahr erheben wird. Als zusätzliches Angebot an die Kunden, werden die Wertstoffhöfe im Landkreis ab dem nächsten Jahr an Donnerstagen bis 18:00 Uhr geöffnet sein werden.

Der neue Wertstoffhof in Grünstadt wird am 02. Januar 2019 seinen Betrieb aufnehmen.

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 4

Drucksache **181/2018**

Gremium:	Kreistag
Sitzung am:	Mittwoch, 12.12.2018

Sitzung / Abstimmung :

<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich	<input checked="" type="checkbox"/> entscheidend <input type="checkbox"/> beratend	<input checked="" type="checkbox"/> offen <input type="checkbox"/> geheim <input type="checkbox"/> namentlich
<input checked="" type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss	<input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag
<input checked="" type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit:	
<input type="checkbox"/> JA-Stimmen	<input type="checkbox"/> Nein-Stimmen	<input type="checkbox"/> Enthaltungen

Tagesordnung:

Prüfung des Jahresabschlusses 2017 und Entlastung des Landrats und der Kreisbeigeordneten, soweit sie den Landrat vertreten haben.

Beschluss:

Der Jahresabschluss, nebst allen Anlagen, für das Haushaltsjahr 2017 wird in der Ergebnisrechnung mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 2.300.169,45 €, in der Finanzrechnung mit einem Finanzmittelüberschuss in Höhe von 9.915.605,97 € und einer Bilanzsumme von 300.071.495,79 € bei einem negativen Eigenkapital in Höhe von 52.414.911,32 € festgestellt.

Der Landrat und die Kreisbeigeordneten, soweit sie den Landrat vertreten haben, werden entlastet.

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Kreisbeigeordneter Hoffmann, den die Entlastung nicht betrifft, da er erst seit Anfang 2018 im Amt ist, übernimmt den Vorsitz. Landrat Ihlenfeld, Erster Kreisbeigeordneter Potje und Kreisbeigeordneter Pfuhl nehmen gem. § 57 LKO in Verbindung mit § 114 GemO an Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil und begeben sich in den öffentlichen Zuhörerraum.

Der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, Kreistagsmitglied Stölzel, geht auf einzelne Punkte der Belegprüfung und den Prüfbericht des Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamtes ein. Er teilt mit, dass der Rechnungsprüfungsausschuss in seiner Sitzung am 21.11.2018 einstimmig die Beschlussempfehlung über die Prüfung des Jahresabschlusses 2017 und Entlastung des Landrats und der Kreisbeigeordneten, soweit sie den Landrat vertreten haben, ausgesprochen hat.

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 5

Drucksache **004/2018/1**

Gremium:

Kreistag

Sitzung am:

Mittwoch, 12.12.2018

Sitzung / Abstimmung :

<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich	<input checked="" type="checkbox"/> entscheidend <input type="checkbox"/> beratend	<input checked="" type="checkbox"/> offen <input type="checkbox"/> geheim <input type="checkbox"/> namentlich
<input checked="" type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss	<input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag
<input checked="" type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit:	
<input type="checkbox"/> JA-Stimmen	<input type="checkbox"/> Nein-Stimmen	<input type="checkbox"/> Enthaltungen

Tagesordnung:

Kuckucks-Bähnel Bahnbetriebs GmbH,
Bürgschaft

Beschluss:

Der Landkreis Bad Dürkheim bürgt zu einem Drittel für etwaige Erstattungsansprüche des Landes gegenüber der Kuckucks-Bähnel Bahnbetriebs GmbH aus der beantragten Landeszuwendung 2019 in Höhe von insgesamt 70.440 €.

Der Kreistag stimmt der als Anlage beigefügten Bürgschaftserklärung zu und ermächtigt den Landrat diese zu unterzeichnen.

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Landrat Ihlenfeld übernimmt wieder den Vorsitz der Kreistagssitzung.

Der Vorsitzende führt in den Sachverhalt ein und verweist im Übrigen auf die ausführliche Beschlussvorlage.

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 6

Drucksache **171/2018**

Gremium:	Kreistag
Sitzung am:	Mittwoch, 12.12.2018

Sitzung / Abstimmung :

<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich	<input checked="" type="checkbox"/> entscheidend <input type="checkbox"/> beratend	<input checked="" type="checkbox"/> offen <input type="checkbox"/> geheim <input type="checkbox"/> namentlich
<input checked="" type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss	<input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag
<input checked="" type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit:	
__ JA-Stimmen	__ Nein-Stimmen	__ Enthaltungen

Tagesordnung:

Kreisvolkshochschule;
Vereinbarung mit der Verbandsgemeinde Leiningerland

Beschluss:

Dem Abschluss der Vereinbarung mit der Verbandsgemeinde Leiningerland zur Organisation der Außenstellen der Kreisvolkshochschule im Bereich der Verbandsgemeinde Leiningerland wird zum 01.01.2019 zugestimmt.

Ausschlussgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Hinsichtlich der angesammelten Überschüsse teilt der Vorsitzende mit, dass hier die Einigung erfolgte, dass diese zur Hälfte bei der Verbandsgemeinde Leiningerland verbleiben und die andere Hälfte der Kreisvolkshochschule zur allgemeinen Kostendeckung zufließt.

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 7

Gremium:	Kreistag
Sitzung am:	Mittwoch, 12.12.2018

Sitzung / Abstimmung :

<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich	<input checked="" type="checkbox"/> entscheidend <input type="checkbox"/> beratend	<input checked="" type="checkbox"/> offen <input type="checkbox"/> geheim <input type="checkbox"/> namentlich
<input checked="" type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss	<input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag
<input type="checkbox"/> einstimmig	<input checked="" type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit:	
29 JA-Stimmen	9 Nein-Stimmen	4 Enthaltungen

Tagesordnung:

Einführung einer Gemeindegewerbesteuer plus im Landkreis Bad Dürkheim -
Teilnahme am landesweiten Projekt;
Antrag der SPD-Fraktion

Beschluss:

Der Landkreis Bad Dürkheim nimmt am landesweiten Projekt Gemeindegewerbesteuer plus teil. Die Verwaltung wird beauftragt beim Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demographie die Aufnahme in das Landesprojekt zu beantragen und die formalen und organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen.

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Für die SPD-Fraktion begründet Kreistagsmitglied Niederhöfer den Antrag. Er geht hierbei auf die „Kümmererfunktion“ des Landkreises auch für ältere Menschen ein und zieht hierbei Parallelen zu anderen Bereichen, wie beispielsweise zur Schulsozialarbeit. Auch wird auf ähnliche Initiativen in den Kommunen und Projekte in anderen Bundesländern hingewiesen. Zu den Kosten führt er auf Nachfrage des Vorsitzenden aus, dass zurzeit noch eine Förderung durchs Land erfolgt, falls diese in Zukunft wegfallen müsste dies jedoch in irgendeiner Form kompensiert werden, da

aus Sicht der Fraktion der Bedarf an der Gemeindegewerkschaft plus weiterhin besteht.

Die FDP-Fraktion sieht die Förderung nach Ende des Modellprojekts nicht sichergestellt und ist daher gegen eine Maßnahme, die unbekannte Kosten in der Zukunft generiert. Darüber hinaus sieht sie den Einsatz von drei Gemeindegewerkschaften auf der Fläche des Landkreises aufgrund der Ausdehnung der Gebietskörperschaft nicht als zielführend.

Auf Nachfrage erläutert die Verwaltung, dass die Gemeindegewerkschaften das Angebot der Nachbarschaftsvereine nicht übernehmen, sondern dieses ergänzen sollen. Ebenfalls auf Nachfrage wird mitgeteilt, dass eine finanzielle Beteiligung durch Bund und Land im Augenblick noch nicht geklärt ist.

Für die CDU-Fraktion geht Kreistagsmitglied Groß darauf ein, dass ähnliche Strukturen früher von den Kirchen vorgehalten wurden, die sich aus diesem Tätigkeitsfeld jedoch in den neunziger Jahren zurückzogen. Sie stellt fest, dass inzwischen der Bedarf für eine solche Unterstützung eher noch gestiegen ist. Es sind jedoch noch einige Fragen zu klären und entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen.

Kreistagsmitglied Schrank stellt den Antrag zur Geschäftsordnung auf Vertagung des Beratungsgegenstandes. Die FWG-Fraktion schließt sich diesem Antrag an, wie Kreistagsmitglied Rung-Braun mitteilt.

Der Antrag auf Vertagung wird durch den Vorsitzenden zur Abstimmung gestellt und bei 28 Gegenstimmen zu 13 Ja-Stimmen abgelehnt.

Der Vorsitzende verliert den Beschlussvorschlag aus dem Antrag und stellt diesen zur Abstimmung. Er betont hierbei, dass im Falle weiteren Klärungsbedarfes das Thema nochmals Beratungsgegenstand in dem Sozial- und Gesundheitsausschuss sein sollte.

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 8

Gremium:	Kreistag
Sitzung am:	Mittwoch, 12.12.2018

Sitzung / Abstimmung :

<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich	<input checked="" type="checkbox"/> entscheidend <input type="checkbox"/> beratend	<input checked="" type="checkbox"/> offen <input type="checkbox"/> geheim <input type="checkbox"/> namentlich
<input type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss	<input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag
<input checked="" type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit:	
<u> </u> JA -Stimmen	<u> </u> Nein -Stimmen	1 Enthaltungen

Tagesordnung:

Biodiversität - Aufwertung kreiseigener Flächen;
Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Beschluss:

Der Antrag wird zur weiteren Beratung an den Bau-, Umwelt- und Agrarausschuss verwiesen.

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen begründet Kreistagsmitglied Maurer den Antrag und verweist hierbei auf entsprechende Beschlussfassungen in umliegenden Gebietskörperschaften.

Für die CDU-Fraktion sieht Kreistagsmitglied Stölzel zunächst einmal die Notwendigkeit zur Überprüfung der Flächen und entsprechender Vorberatung im Fachausschuss.

Auch die SPD-Fraktion sieht es zielführender, für geeignete Flächen zunächst einmal ein Konzept zu erarbeiten, wie Kreistagsmitglied Glogger ausführt.

Kreistagsmitglied Nagel befürwortet für die FWG-Fraktion den Antrag im Grundsatz, gibt jedoch auch zu bedenken, dass nicht alle Flächen für solche Maßnahmen geeignet sind.

Die FDP-Fraktion stellt durch Kreistagsmitglied Schrank fest, dass zur Umsetzung notwendigerweise Fachleute mit eingebunden werden müssten. Insbesondere sollte die Gefährdung durch invasive Arten entsprechend berücksichtigt werden.

Der Vorsitzende schlägt vor, den Antrag zunächst an den Bau-, Umwelt- und Agrarausschuss zu verweisen, der sich gemeinsam mit dem Naturschutzbeirat der Thematik annehmen kann und stellt dies zur Abstimmung.

Bankverbindungen:

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 9

Gremium:	Kreistag
Sitzung am:	Mittwoch, 12.12.2018

Sitzung / Abstimmung :

<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich	<input checked="" type="checkbox"/> entscheidend <input type="checkbox"/> beratend	<input checked="" type="checkbox"/> offen <input type="checkbox"/> geheim <input type="checkbox"/> namentlich
<input type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss	<input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag
<input type="checkbox"/> einstimmig	<input checked="" type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit:	
36 JA-Stimmen	2 Nein-Stimmen	4 Enthaltungen

Tagesordnung:

DigitalPakt Schule – Chancen für die weiterführenden Schulen im Landkreis Bad Dürkheim nutzen, unsere Schulen weiter voran bringen;
Antrag der CDU-Fraktion

Beschluss:

Mit dem Ziel einer frühzeitigen Förderung, erhält die Verwaltung den Auftrag, entsprechende Konzepte mit den kreiseigenen Schulen zeitnah zu erarbeiten.

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Für die CDU-Fraktion begründet Kreistagsmitglied Armbrust den Antrag.

Kreistagsmitglied Langensiepen beantragt die Absetzung von der Tagesordnung, mit der Begründung, dass der Digitalpakt noch nicht existent ist.

Mit dem Einfügen des Wortlautes „falls der Digitalpakt beschlossen wird“ sieht Kreistagsmitglied Magez die Möglichkeit einer Beschlussfassung, welcher die Verwaltung in die Situation versetzt, zeitnah reagieren zu können.

Dass der Pakt kommen wird, steht für Kreistagsmitglied Niederhöfer fest, so dass für eine Beschlussfassung plädiert wird.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden erklärt Kreistagsmitglied Langensiepen, dass eine Abstimmung über die Absetzung des Punktes von der Tagesordnung nach der nunmehr bereits erfolgten Aussprache obsolet sei.